



Jutta Allmendinger
Elisabeth Bunselmeyer
Matthias Ecker-Ehrhardt
Marc Helbling
Marc Holland-Cunz
Céline Teney
Bernhard Weßels

Entscheidungsträger in Deutschland: Werte und Einstellungen

Juni 2013

Entscheidungsträger in Deutschland: Werte und Einstellungen

Jutta Allmendinger
Elisabeth Bunselmeyer
Matthias Ecker-Ehrhardt
Marc Helbling
Marc Holland-Cunz
Céline Teney
Bernhard Weßels

1.	EINLEITUNG	6
----	------------	---

2.	HERKUNFT UND SOZIODEMOGRAFISCHE MERKMALE DER BEFRAGTEN	8
----	---	---

3.	KARRIERE UND MOTIVATION	11
3.1	Karriereverlauf und subjektive Erfolgsfaktoren	11
3.2	Motivation	13

4.	PROBLEME AUS ELITENSICHT	14
4.1	Drei grundlegende gesellschaftliche und politische Probleme Deutschlands	14
4.2	Finanzkrise	14
4.3	Visionen	15

5.	GLOBALISIERUNG, INSTITUTIONELLE VERNETZUNG UND KOMPETENZUWEISUNGEN	16
5.1	Globalisierung – grenzübergreifender Einfluss von Problemen auf Deutschland	16
5.2	Einfluss von Institutionen auf Deutschland	17
5.3	Lösungskompetenz von Institutionen	18
5.4	Zufriedenheit mit Institutionen	18
5.5	Kontakte	19
5.6	Internationalisierung der Elite	20

6.	POLITISCHE EINSTELLUNGEN UND MEINUNGEN ZU DEMOKRATIE	22
6.1	Parteizugehörigkeit	22
6.2	Politische Einstellungen	22
6.3	Einstellungen zu Einwanderung	24
6.4	Innenpolitische Maßnahmen	25
6.5	Einstellung zur ökonomischen Liberalisierung	25
6.6	Politik auf verschiedenen Ebenen	26
6.7	Einstellungen zu Demokratie	27

7.	EINSTELLUNGEN ZU KONTROVERSEN THEMEN, SOZIALEN UNTERSCHIEDEN UND MITMENSCHEN	29
7.1	Einstellungen zu Handlungen	29
7.2	Soziale Unterschiede in Deutschland	29
7.3	Einstellungen anderen Menschengruppen gegenüber	30
7.4	Spenden	31
7.5	Entwicklungszusammenarbeit	32

1. Einleitung

Die Zukunft der Demokratie und die Perspektiven Europas gehören zu den Themen, die alle Deutschen bewegen. Akute Herausforderungen wie die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Energiewende und Forderungen nach stärkerer gesellschaftlicher Teilhabe stellen die Entscheidungsträger aus allen gesellschaftlichen Bereichen vor neue Aufgaben. Wie schätzen diese selbst die Lage in Deutschland ein? Welche politischen und sozialen Probleme halten sie für wichtig und wer könnte diese lösen? Was sind ihre Meinungen zu zentralen politischen Fragen und den Institutionen der Demokratie?

Die Studie „Entscheidungsträger in Deutschland: Werte und Einstellungen“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) hat diese Fragen aufgegriffen. Von Oktober 2011 bis Oktober 2012 wurden im Rahmen der Untersuchung 354 Inhaber von Spitzenpositionen aus Politik und Verwaltung, Justiz und Militär, Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft in Deutschland zu ihren Karrieren und Lebensverläufen sowie ihren gesellschaftspolitischen Einstellungen und Handlungsmaximen befragt. Die Untersuchung ist die erste sektorübergreifende und deutschlandweite Studie zum deutschen Führungspersonal nach der Potsdamer Studie von 1995 (Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, herausgegeben von Wilhelm Bürklin, Hilke Rebenstorf u. a.) und ermöglicht ein ganz neues Bild von der „Lage der Nation“ aus Sicht jener, die mit ihren Entscheidungen Verantwortung tragen.

Im Folgenden sollen Ergebnisse der standardisierten persönlich-mündlichen Befragung vorgestellt werden. Wir geben zu-

nächst einen beschreibenden Überblick über die soziodemografische Zusammensetzung und den beruflichen Werdegang der befragten Führungskräfte. Dann folgen erste Darstellungen zu den Meinungen und Einstellungen zu aktuellen Herausforderungen, zur Globalisierung und nationalen wie internationalen Institutionen, zur Demokratie und ausgewählten Politikbereichen. Tiefergehende wissenschaftliche Analysen durch die Projektbeteiligten am WZB sowie Professor Michael Hartmann von der Technischen Universität Darmstadt sind in Arbeit.

Wir danken allen Personen, die sich trotz knapper Zeitbudgets für die Teilnahme an einem Interview bereit erklärt haben.

2. Herkunft und soziodemografische Merkmale der Befragten

- 87,9 Prozent der interviewten Personen sind Männer und 12,1 Prozent Frauen. Dieses Verhältnis zwischen den Geschlechtern entspricht relativ genau dem in der Grundgesamtheit (88,2 Prozent zu 11,8 Prozent).
- 94,6 Prozent der Befragten sind in den alten Bundesländern geboren. Nur 2,8 Prozent stammen aus der DDR und 2,5 Prozent kommen ursprünglich aus anderen Ländern.
- Der Altersdurchschnitt der Entscheidungsträger beträgt 58,1 Jahre. Dabei fällt ein Großteil, knapp 82 Prozent der Befragten, in die Altersgruppe von 50 bis 69 Jahren.
- Insgesamt haben die Interviewten ein überdurchschnittlich hohes formales Bildungsniveau. Fast 89 Prozent besitzen einen universitären Hochschulabschluss. 2,5 Prozent haben einen Fachhochschulabschluss als höchsten Titel oder besuchten Ingenieurschulen. Bei den Angaben zu den gewählten Fächern entfallen gut 55 Prozent der Nennungen auf Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften. Darüber hinaus geben rund 43 Prozent der interviewten Führungspersonen an, promoviert zu sein.
- Bezüglich der elterlichen Bildung zeigt sich, dass bei 36 Prozent der Befragten mindestens ein Elternteil über eine Hochschulbildung verfügt. Bei 17 Prozent ist Abitur der höchste elterliche Bildungstitel, in 16 Prozent der Fälle besuchte wenigstens ein Elternteil die Realschule oder Äquivalente, und 31 Prozent der Eltern haben maximal einen

Volksschul- oder Hauptschulabschluss. Gänzlich ohne Schulabschluss ist keines der Elternpaare. Es zeigt sich, dass ein höheres Bildungsniveau auch bei den Eliten vererbt und Bildung akkumuliert wird. Entscheidungsträger, bei denen ein Elternteil einen Hochschulabschluss besitzt, sind eher promoviert als Entscheidungsträger aus nicht akademischen Elternhäusern. Allerdings ist festzuhalten, dass überraschend viele Befragte trotz ihrer Herkunft aus bildungsfernen Haushalten über einen sehr viel höheren formalen Bildungsstand verfügen als ihre Eltern; sie gelangten als Bildungsaufsteiger in Führungspositionen.

- Der sozioökonomische Hintergrund der Befragten wird über die verkürzte Version des Dienstklassenschemas (Goldthorpe) nach der höchsten beruflichen Stellung der Eltern zur Zeit des 15. Lebensjahres dargestellt. Danach werden drei Klassen unterschieden. Demnach entstammen 30 Prozent der befragten Personen der Nichtdienstklasse, Vater oder Mutter waren also Landwirte, Arbeiter, kleine Selbstständige oder Angestellte bzw. Beamte mit einfachen Aufgaben. Das statushöchste Elternteil (überwiegend der Vater) von 30 Prozent der Entscheidungsträger gehörte der unteren Dienstklasse an: Sie oder er war als Freiberufler mit maximal einem Mitarbeiter oder als Beamter bzw. Angestellter im mittleren und gehobenen Tätigkeitsbereich tätig. 40 Prozent der Befragten stammen aus der oberen Dienstklasse, in der die Eltern umfassende Leitungsfunktionen als Selbstständige, Angestellte oder Beamte im höheren Dienst ausübten. Wenngleich die Entscheidungsträger im Vergleich zur Gesamtbevölkerung eher aus der oberen Dienstklasse stammen, so ist doch beachtlich, dass immerhin 30 Prozent der Führungspersonen aus der Nichtdienstklasse kommen.
- Über die berufliche Stellung hinaus wurden kulturelle und politische Ressourcen im Elternhaus erfragt. Insbesondere

Gespräche über Politik haben bei einem Großteil der Führungskräfte, 71 Prozent, tendenziell eine große Rolle gespielt. 10 Prozent vergeben sogar den Maximalwert von 10 (Skala von 0 bis 10, Mittelwert: 6,6). Bemerkenswert ist, dass der Unterschied in der Bedeutung von politischen Gesprächen zwischen der Nichtdienstklasse und der oberen Dienstklasse im Mittelwert nur gut einen Punkt beträgt (Mittelwert 6,1 zu 7,2). Das legt nahe, dass auch Befragte aus statusniedrigen Elternhäusern auf ein vergleichsweise hohes politisches Kapital für ihre Laufbahnentwicklung zurückgreifen konnten.

- Geringer ist die Bedeutung von kulturellen Aktivitäten. Hier antworten 55 Prozent, dass diese tendenziell im Elternhaus wichtig waren (Mittelwert: 5,7). Dabei zeigt sich, dass der Unterschied zwischen den Befragten mit Eltern aus der Nichtdienstklasse und der oberen Dienstklasse größer ist (Mittelwert 4,4 zu 6,8).

3. Karriere und Motivation

3.1 Karriereverlauf und subjektive Erfolgsfaktoren

- Mithilfe einer offenen Frage wurde erhoben, wie die Führungsposition aus Sicht der Befragten erreicht wurde: Hat sich die Laufbahn eher entwickelt oder wurde sie aktiv angestrebt? Mehr als die Hälfte der Befragten geben an, dass ihr Werdegang eher durch günstige Entwicklungen geprägt war. Ein Drittel der Entscheidungsträger strebte dagegen gezielt eine Führungsposition an. 16 Prozent sind unentschieden oder äußern, dass sie zum Teil hohe Positionen angestrebt haben, zum Teil sich dieses Ziel jedoch erst im Karriereverlauf verdeutlichte. Es lässt sich feststellen, dass Frauen seltener aktiv eine Führungsposition anstreben als Männer.
- Bei der Frage nach den aus ihrer Sicht wichtigsten Faktoren für den eigenen Erfolg nennen 71 Prozent der Entscheidungsträger den Faktor Ausbildung als wichtigsten oder zweitwichtigsten. 54 Prozent der Befragten geben persönlichen Ehrgeiz an erster oder zweiter Stelle an. Zwischen 23 Prozent und 26 Prozent der Befragten bezeichnen die Faktoren persönliche Kontakte, Glück und Familie als relevant. Das Aussehen wird hier nicht als wichtig erachtet. Bei der Nennung des unwichtigsten Faktors der Karrierebeeinflussung unterscheidet sich die Einschätzung der Relevanz des Aussehens interessanterweise zwischen Männern und Frauen. Die männlichen Befragten bezeichnen das Aussehen zu 83 Prozent als unwichtigsten Faktor, die Frauen dagegen nur zu 63 Prozent. Demnach scheint dieser

Aspekt die Karriere von Frauen mehr zu beeinflussen als die ihrer männlichen Kollegen. Die Familie als Erfolgsfaktor bewerten 22 Prozent der Frauen als unwichtig, dagegen nur 8 Prozent der Männer.

- Gefragt nach den Erfolgsfaktoren anderer Entscheidungsträger steht hingegen Ehrgeiz an erster Stelle, gefolgt von Ausbildung und persönlichen Kontakten. Dieser erhebliche Unterschied in der Eigen- und Fremdeinschätzung ist sehr auffallend.
- Aus der jeweiligen offenen Beschreibung der persönlichen Karrierewege der Entscheidungsträger ergeben sich zusätzlich diverse Erfolgsfaktoren. 31 Prozent der befragten Entscheidungsträger geben an, zu ihrer Position durch Erfahrung und mittels der Karriereleiter gelangt zu sein. Als zweithäufigster Grund für den eigenen Aufstieg wird der Einfluss von Netzwerken und Mentoren benannt. An dritter Stelle verweisen die Befragten auf ihre fachliche Qualifikation und persönliche Leistung. 9 Prozent der Befragten nennen Glück und Zufall als wesentlichen Aufstiegsgrund. 8 Prozent profitierten von Veränderungen in der Politik, beispielsweise nach einem Regierungswechsel oder einer politischen Wende.
- Die Rolle von Ehe und Kindern für den beruflichen Werdegang wurde gesondert erfragt. 40 Prozent der aktuell oder in der Vergangenheit verheirateten Führungspersonen geben an, dass ihre Ehe auf dem Karriereweg geschätzt wurde. Ein ähnlicher Anteil der Eltern gibt einen positiven Einfluss von Kindern an, während 18 bzw. 15 Prozent meinen, dass sie sich für ihren ledigen bzw. kinderlosen Status rechtfertigen mussten.

3.2 Motivation

- Als wichtigster oder zweitwichtigster Grund für die Ausübung einer Führungsposition wird von 92 Prozent der befragten Personen Gestaltungswille genannt. Darauf folgen gesellschaftliches Verantwortungsgefühl mit 66 Prozent und persönlicher Ehrgeiz mit 30 Prozent.
- Auf die Frage nach dem unwichtigsten Motiv für die Ausübung einer Führungsposition nennen 65 Prozent die familiäre Tradition, an zweiter Stelle werden mit Abstand finanzielle Motive genannt (29 Prozent).
- Bei der Einschätzung anderer Führungskräfte ist wiederum Gestaltungswille die häufigste Nennung (von 70 Prozent genannt). Darauf folgt jedoch der persönliche Ehrgeiz (60 Prozent) und gesellschaftliche Verantwortung wurde nur von 22 Prozent der Interviewten als wichtigstes oder zweitwichtigstes Motiv anderer gesehen. Andere Führungskräfte werden also durchweg weniger gemeinwohlorientiert eingeschätzt, als man sich selbst einschätzt.

4. Probleme aus Elitensicht

4.1 Drei grundlegende gesellschaftliche und politische Probleme Deutschlands

- Die Entscheidungsträger konnten die drei aus ihrer Sicht wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Probleme angeben, denen sich Deutschland auf lange Sicht stellen muss. 60 Prozent der Befragten nennen hier den demografischen Wandel, an zweiter Stelle stehen die Wirtschafts-, Finanz- und Staatskrisen (48 Prozent), gefolgt vom komplex gesellschaftlicher Zusammenhalt bzw. Ungleichheit sowie nachhaltige Entwicklung (Ressourcen, Klima, Umwelt und Energie), jeweils von ca. 28 Prozent der Befragten genannt. Die Zukunft Europas und die internationale Rolle Deutschlands werden von 19 Prozent als Problem identifiziert. Bildung und Wissenschaft werden ebenfalls nur von 19 Prozent genannt. Globale Konflikte und Integration spielen eher eine untergeordnete Rolle.
- Die Frage, ob sie sich in ihrer Position gefordert sehen, diese Herausforderungen anzugehen, bejahen fast alle Führungskräfte. 91 Prozent sehen sich also in der Pflicht, während 9 Prozent keine solche Verantwortung äußern.

4.2 Finanzkrise

- Aus gegebenem Anlass wurde die Einschätzung der Entscheidungsträger zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise erhoben. Unter den drei wichtigsten Gründen

für die Krisensituation finden sich für 60 Prozent der Befragten Deregulierung und mangelnde politische Kontrolle, gefolgt von übermäßiger öffentlicher und privater Verschuldung. Weitere Nennungen sind die Spekulationsblasen und der damit verbundene Zusammenbruch von Banken (35 Prozent). 25 Prozent nennen Gier als einen wichtigen Faktor. Bereits bei der Ursachenanalyse zeigt sich eine klare Verantwortungszuweisung an die Politik, während die individuellen oder wirtschaftsinternen Verfehlungen weniger eine Rolle spielen.

- Bei den drei wichtigsten Konsequenzen, die aus der Finanzkrise gezogen werden sollen, stehen folglich mehr Regulierung und die Reform des Bankensystems an erster Stelle (von 67 Prozent genannt). Darauf folgen Haushaltskonsolidierung (49 Prozent), eine bessere europäische Politik bezüglich Währungs- und Finanzfragen (30 Prozent) sowie allgemein mehr internationale Zusammenarbeit (23 Prozent).

4.3 Visionen

- Angesichts der Herausforderungen in Krisenzeiten werden von Entscheidungsträgern umso stärker Visionen verlangt, die Orientierung bieten. Auf die offene Frage, wie sie Deutschland in 10 Jahren sähen, antwortet fast die Hälfte der Befragten mit positiven Ausblicken, während 14 Prozent eher negative Zukunftsbilder entwerfen. Bei 41 Prozent ist keine klare Einordnung möglich gewesen. Trotz der gegenwärtigen Lage überwiegen also positive Zukunftsvisionen, die meist mit den aktuellen Herausforderungen wie demografischen Veränderungen, dem ökologischen Umbau oder neuen politischen Konstellationen auf der internationalen Ebene verbunden sind.

5.1 Globalisierung – grenzübergreifender Einfluss von Problemen auf Deutschland

- Deutschland in einer globalisierten Welt: Weitestgehend Konsens herrscht darüber, dass die politische Agenda in Deutschland im Zusammenhang grenzübergreifender Herausforderungen gedacht werden muss. Einen bedeutenden Einfluss von Problemen aus anderen Ländern auf die Lage in Deutschland sieht der weit überwiegende Teil der Befragten in Form von Wirtschaftskrisen bzw. einer mangelnden wirtschaftlichen Entwicklung (98 Prozent), Währungskrisen bzw. Inflation (92 Prozent), Krieg bzw. bewaffneten Konflikte (85 Prozent), Terrorismus (80 Prozent), Umweltproblemen (82 Prozent), einer enormen Kluft zwischen Arm und Reich (75 Prozent) sowie der zumindest teilweise damit im Zusammenhang stehenden Flüchtlingsbewegungen (73 Prozent).
- Fragt man allerdings nach, aus welchen Regionen genau diese Herausforderungen rühren, differenziert sich das Bild eines globalisierten Deutschlands erheblich: Im Falle von Wirtschafts- und Währungsfragen ruht der Blick überwiegend auf Europa, Nordamerika und Asien. Demgegenüber wird der Nahe Osten bzw. Nordafrika primär als Quelle transnationaler Sicherheitsprobleme wahrgenommen. Mittel- bzw. Südamerika sowie das subsaharische Afrika bleiben aus Sicht einer Mehrheit der Befragten ohne größeren Einfluss auf Deutschland.

5.2 Einfluss von Institutionen auf Deutschland

- Wer hat wirklich Einfluss auf das, was in Deutschland passiert? Auf der Seite politischer Institutionen zeigt sich Bemerkenswertes: Erstens wird der Europäischen Union von fast genauso vielen Befragten ein starker bzw. sehr starker Einfluss zugesprochen (92 Prozent) wie der Bundesregierung (94 Prozent). Dies zeigt: Die deutsche Elite geht im Konsens von einem machtpolitisch weitgehend europäisierten Deutschland aus.
- Zweitens bleibt der Einfluss globaler Institutionen für die meisten Befragten zwar eher moderat, aber erhebliche Teile der deutschen Elite billigen der Weltbank (31 Prozent), der Welthandelsorganisation (WTO, 25 Prozent) oder der UNO (13 Prozent) einen starken oder gar sehr starken Einfluss auf Deutschland zu. Hier sticht der – angesichts der internationalen Finanzkrise besonders in der Verantwortung stehende – Internationale Währungsfonds (IWF, 50 Prozent) deutlich heraus. Auch der internationalen Gipfel diplomatie in Form von G-8- bzw. G-20-Runden wird immerhin von knapp der Hälfte der Befragten ein mindestens starker Einfluss zugesprochen (48 Prozent).
- Drittens wird multinationalen Unternehmen von einer Mehrheit der Befragten ein starker oder sehr starker Einfluss zugeschrieben (50 Prozent). Dieser Anteil steigt noch einmal erheblich, wenn man speziell mit Blick auf die Finanzwirtschaft fragt (73 Prozent) – ein deutliches Indiz für die immense Bedeutung, die privatwirtschaftlichen Entscheidungen in Zeiten der globalen Finanzkrise zugeschrieben wird.

5.3 Lösungskompetenz von Institutionen

- Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der zugeschriebenen Fähigkeit, die anstehenden Probleme Deutschlands tatsächlich zu lösen. Wem traut die deutsche Elite am ehesten deren Lösung zu? Für die Befragten bleibt die Bundesregierung augenscheinlich auch in Zeiten der Globalisierung in der primären Verantwortung – und das in allen der abgefragten Politikbereiche (durchschnittlich 84 Prozent der Befragten halten sie am ehesten für lösungskompetent, wobei Mehrfachnennungen ausdrücklich erlaubt waren).
- Nur die Europäische Union steht in einem vergleichbaren Maße über Politikbereiche hinweg in der Verantwortung und wird von immerhin durchschnittlich 57 Prozent der Befragten als „am ehesten lösungskompetent“ bewertet.
- Alle anderen Institutionen werden nur in einzelnen Politikbereichen in nennenswertem Umfang als lösungskompetent bewertet – dann jedoch zum Teil von einem bemerkenswert hohen Anteil an Befragten: So sticht die UNO im Bereich der internationalen Sicherheit (56 Prozent) heraus. Auch dem IWF wird im Bereich der Währungspolitik von rund einem Drittel (34 Prozent) am ehesten die Lösungskompetenz zugeschrieben.
- Multinationale Unternehmen können dagegen sogar laut rund zwei Drittel der Interviewpartner die Probleme im Wirtschaftsbereich am ehesten lösen (65 Prozent).

5.4 Zufriedenheit mit Institutionen

- Allerdings sind viele der Befragten unzufrieden mit der Arbeit dieser als einflussreich bzw. lösungskompetent beschriebenen Institutionen: Ein tendenziell negatives Bild

zeigt sich auf der Ebene internationaler Institutionen im Falle der UNO (19 zu 40 Prozent), der Welthandelsorganisation (WTO, 16 zu 33 Prozent), der G-8 bzw. G-20 (13 zu 35 Prozent) sowie in geringerem Maße auch der EU (25 zu 31 Prozent). Hier überwiegt jeweils der Anteil der Unzufriedenen den der Zufriedenen.

- Deutlich positiver dagegen ist die Meinung bezüglich des in der internationalen Finanzkrise stärker in den Vordergrund tretenden Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie in geringerem Maße auch der (primär entwicklungspolitisch bedeutsame) Weltbank (29 zu 18 Prozent). Zum Vergleich: die Bundesregierung erhält fast identische Zustimmungswerte (48 zu 17 Prozent) wie der IWF. Dagegen wird der Finanzwirtschaft selbst überwiegend ein negatives Zeugnis ausgestellt (77 Prozent).

5.5 Kontakte

- Für die Elitenforschung ist ein klassischer Topos der Grad der Integration von Führungsgruppen, unter anderem gemessen an ihren Kontaktnetzwerken. In der Netzwerkanalyse werden Kontaktmuster häufig als Netzwerke von Macht und Einfluss charakterisiert. Ganz ohne Zweifel sind Kontakte aber nötiges funktionales Mittel in einer komplexen Gesellschaft mit stark ausdifferenzierten Teilsystemen. Die Politik ist auf Informationen aus Gesellschaft und Wirtschaft angewiesen, gesellschaftliche Interessen auf einen Zugang zur Politik; oder Wirtschaft braucht Wissenschaft und umgekehrt.
- So erforderlich umfassende, integrierte Kommunikationsnetzwerke in einer hochkomplexen Gesellschaft auch sein mögen, die Befunde sprechen nicht für eine gleichmäßige Integration aller Elitensektoren. Es zeigt sich, dass Politik-

und Verwaltungseliten in einem extrem hohen Ausmaß Kontakte in ihre ureigensten Gefilde haben. Alle Kontakte in die Wirtschaft, Wissenschaft oder andere Interessenbereiche der Gesellschaft fallen demgegenüber deutlich ab. Umgekehrt haben Wirtschaftseliten inklusive ihrer Verbandsvertreter mehr Kontakte in die Bundespolitik als in ihrer eigenen Sphäre, der Wirtschaft. Die politischen und Verwaltungseliten sind in ihren Kontakten stark funktional segregiert auf ihr eigenes Subsystem orientiert, während Wirtschaftseliten und andere Führungsgruppen in ihren Kontakten in stärkerem Maße auch „außenorientiert“ sind.

5.6 Internationalisierung der Elite

- Es zeigt sich, dass ein großer Teil der deutschen Eliten über transnationale Kontakte verfügt und internationale Erfahrung gesammelt hat. Im Durchschnitt haben die Entscheidungsträger – in Form von Telefongesprächen, E-Mails oder Briefsendungen – regelmäßig Kontakt zu 40 Personen, die im Ausland leben.
- Darüber hinaus war die deutsche Elite im Laufe der letzten 12 Monate im Durchschnitt 16-mal im Ausland – sei es aus privaten oder dienstlichen Gründen.
- Gut die Hälfte der deutschen Elite (53 Prozent) hat für mindestens drei Monate – aus privaten oder beruflichen Gründen – im Ausland gelebt. Die häufigsten Auslandsaufenthaltssorte sind die Vereinigten Staaten, gefolgt von Großbritannien, Frankreich und der Schweiz. Gut die Hälfte der Befragten (54 Prozent) hat mehr als ein Jahr im Ausland verbracht.
- Allerdings kann man noch nicht von einer vollständigen Internationalisierung der deutschen Elite sprechen, weil nur 6 Prozent der Befragten täglich in Kontakt mit Perso-

nen stehen, die im Ausland leben. Die meisten der Befragten haben im Schnitt nur einmal im Monat Kontakt zu anderen Menschen, die im Ausland leben.

6. Politische Einstellungen und Meinungen zu Demokratie

6.1 Parteizugehörigkeit

- Etwa 43 Prozent der Befragten, zu denen Angaben vorliegen, sind Mitglied einer politischen Partei. Von diesen wiederum ist fast die Hälfte Mitglied der CDU (CSU 1,4 Prozent), etwa 30 Prozent sind SPD-Mitglieder, knapp 13 Prozent sind Mitglied der FDP und 5 bzw. 1 Prozent gehören Bündnis 90/Die Grünen oder der Partei Die Linke an.

6.2 Politische Einstellungen

- Auch wenn immer wieder diskutiert wird, ob politische Begriffe wie „links“ und „rechts“ noch angemessen kennzeichnen, was in der Politik passiert und wie politische Richtungen einzuordnen sind, verweisen die starke Nutzung von links und rechts als politisches Koordinatensystem durch die Bürger und die Möglichkeit, fast alle Ideologien auf einer Links-rechts-Dimension abzubilden, darauf, dass Tradierungen häufig hartnäckig sind. Bundesdeutsche Eliten haben keine Schwierigkeiten, sich auf einer Links-rechts-Dimension selbst einzuordnen. Sie wissen, wo sie stehen und wofür sie stehen.
- Dass das Verhältnis zwischen den Anteilen links von der Mitte und rechts von der Mitte unter allen Befragten sehr ausgeglichen ist, spricht dafür, dass es kein dominierendes ideologisches Lager unter den deutschen Führungsgruppen gibt.

- Ein Begriffspaar, das eine ähnliche Bedeutung wie links und rechts erlangen könnte, ist das von Ronald Inglehart im Zuge seiner Wertewandeltheorie entwickelte Konzept von Materialismus und Postmaterialismus. Das in aufwendigen Testverfahren aus komplexen Skalen entwickelte Instrument wurde von Inglehart für die vergleichende Umfrageforschung auf ein sehr sparsames Instrument reduziert, bei dem es darum geht, vier Ziele zu priorisieren:
 1. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land,
 2. Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung,
 3. Kampf gegen die steigenden Preise,
 4. Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung.
- Dabei gelten Ziele 1 und 3 als materialistisch und Ziele 2 und 4 als postmaterialistisch. Reine Materialisten, also erste und zweite Zielpriorität auf 1 und 3, und reine Postmaterialisten (erste und zweite Zielpriorität auf 2 und 4) unterscheiden sich nach Inglehart fundamental in ihren Wertorientierungen und entsprechenden Wünschen an die Politik. Postmaterialisten seien die Träger der sogenannten partizipatorischen Revolution mit ihren neuen sozialen Bewegungen und neuen Formen der politischen Beteiligung. Lebensqualität, Autonomie, Selbstverwirklichungsziele ständen bei ihnen im Vordergrund, daher komme die hohe Motivation, sich einzumischen.
- Heute, 45 Jahre nach der von Inglehart entdeckten und verkündeten „Stillen Revolution“ des Wertewandels, sind die Materialisten in der Minderzahl. Die Postmaterialisten sind auch in den Führungsrängen von Wirtschaft, Politik

und Gesellschaft angekommen. Im Gegensatz zu links und rechts hat der erfolgreiche Wertewandel die Unterscheidungskraft des Begriffspaares quantitativ dahin schmelzen lassen.

6.3 Einstellungen zu Einwanderung

- Über diese eindimensionalen Einordnungen hinaus interessierten vor allem die Meinungen zu konkreten Politikbereichen. Bezüglich der Einwanderung sind sich die deutschen Eliten einig: 71 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass man jedem die Einreise ermöglichen sollte, solange Arbeitsplätze vorhanden sind. Darüber hinaus ist die große Mehrheit der deutschen Eliten der Meinung, dass Einwanderung das Zusammenleben bereichert (90 Prozent) und gut für die deutsche Wirtschaft ist (89 Prozent).
- Allerdings sind die deutschen Eliten mit Bezug auf die Frage des Zugangs zu Sozialleistungen für Einwanderer gespalten: Knapp 20 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Einwanderer die gleichen Rechte auf Sozialleistung sofort bei ihrer Ankunft erhalten sollten, während 19 Prozent der Eliten denken, dass sie dieses Recht erst bekommen sollten, nachdem sie ein Jahr in Deutschland gelebt haben, unabhängig davon, ob sie gearbeitet haben oder nicht. Weitere 44 Prozent sind der Meinung, dass Einwanderer diese Rechte erst dann bekommen sollten, nachdem sie mindestens ein Jahr gearbeitet und Steuern bezahlt haben. Dagegen denken 17 Prozent der Elite, dass Einwanderer die gleichen Rechte auf Sozialleistung bekommen sollten, sobald sie deutsche Staatsbürger geworden sind.

6.4 Innenpolitische Maßnahmen

- Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und in Deutschland und der hohen Staatsverschuldung scheinen Ausgaben- und Kostensenkungen das Mittel der Wahl der Politik zu sein. Die Krisenpolitik in Europa mit ihren hochgesteckten Sparzielen verweist ebenso darauf wie im Bereich der Wirtschaft die Debatte um die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Gleichzeitig gewinnt die Debatte um soziale Gerechtigkeit angesichts einer immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich an Fahrt. Wo liegen die Prioritäten deutscher Führungsgruppen, wenn es zu entscheiden gilt, ob Arbeits- und Unternehmenskosten oder staatliche Ausgaben gesenkt werden? Oder bei der Entscheidung, ob mehr für gering Entlohnte oder soziale Gerechtigkeit getan werden könnte?
- Als sehr wichtig (die Werte 4 und 5 auf einer 5-Punkte-Skala, wobei 5 sehr wichtig bedeutet) erachten mehr als zwei Drittel deutscher Führungsgruppen die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben. Fast gleichauf wird die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes angesehen. Demgegenüber erachten lediglich 15 Prozent die Senkung der Unternehmenssteuern als wichtig und nur 27 Prozent die Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen. Um die 40 Prozent sehen die Senkung der Lohnnebenkosten und die Einführung eines Mindestlohns als wichtig an.

6.5 Einstellung zur ökonomischen Liberalisierung

- Die große Mehrheit der deutschen Elite befürwortet generell die ökonomische Liberalisierung und den Welthandel. Die meisten sind der Meinung, dass mehr staatliche Unternehmer privatisiert werden sollten (63 Prozent) und dass Wettbewerb eine gute Sache ist (89 Prozent).

- Darüber hinaus denken fast alle Befragten (98 Prozent), dass es für Deutschland wichtig ist, offen für den Welthandel zu bleiben. 83 Prozent der deutschen Elite ist gegen Zölle oder Importquoten, um die Einfuhr bestimmter Güter zu beschränken. 80 Prozent ist gegen Subventionen oder Beihilfen, die der heimischen Wirtschaft einen Wettbewerbsvorteil verschaffen würden.

6.6 Politik auf verschiedenen Ebenen

- Immer wieder wird in öffentlichen Debatten von der Wissenschaft oder von engagierten Bürgern beklagt, Politik sei nicht transparent genug, Politik werde hinter verschlossenen Türen gemacht und habe wenig mit den Interessen der Bürger gemein. Ob es die Kritik am Einzug des Kommissionswesens in die Politik oder die jüngsten Erfahrungen mit der Krisenpolitik in Europa sind oder die Annahme, es gäbe keine Alternativen zu getroffenen Entscheidungen – vieles kann den oben angeführten Eindruck hinterlassen oder verstärken. Wie sehen das die deutschen Entscheidungsträgerinnen und –träger, sehen sie sich auch wie manche Bürger der Politik gegenüber ohnmächtig?
- Die abwägende Antwort heißt: Es kommt darauf an. Soweit die Bundespolitik in den Blick genommen wird, stimmen selten mehr als ein Viertel den Aussagen zu, dass Probleme nur angepackt würden, wenn es die Großen und Mächtigen interessiere, betroffene Bürger immer von Verhandlungen ausgeschlossen blieben und Politik meist hinter verschlossenen Türen gemacht werde. Allerdings meint fast die Hälfte der deutschen Wirtschaftseliten, dass Politik meist hinter verschlossenen Türen gemacht wird – auch die Bundespolitik. Ob sie sich dadurch ausgeschlossen fühlen oder sie es sind, die mit hinter den verschlossenen Türen sitzen, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen.

- Sehr viel kritischer als die Transparenz und Offenheit der Bundespolitik wird hingegen die der europäischen und internationalen Ebene gesehen. Hier liegt die Zustimmung zu den genannten Aussagen meist bei über 50 Prozent der Befragten – und das unabhängig davon, ob Eliten aus Politik und Verwaltung, Wirtschaftseliten oder Eliten anderer Sektoren befragt worden waren. Nationalstaatliche Demokratie scheint also noch einigermaßen für Transparenz und Offenheit zu stehen, supranationales oder internationalisiertes Regieren hingegen in keiner Weise.

6.7 Einstellungen zur Demokratie

- Dass es für die bundesdeutschen Eliten extrem wichtig ist, in einer Demokratie zu leben, kann heutzutage nicht mehr recht überraschen. Genauso wie die Bürger stehen sie zum Ideal und zu den Normen der Demokratie und schätzen es, in einem solchen System zu leben. Demokratie als Ordnungsform nicht nur anzuerkennen, sondern auch wirklich zu unterstützen, heißt aber nicht automatisch, zufrieden mit ihrem Funktionieren zu sein. Bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland ist die Kluft zwischen der Unterstützung der Demokratie als Ordnungsform (über 90 Prozent) und der Zufriedenheit mit ihrem Funktionieren (ungefähr 50 Prozent) recht groß. Das ist bei den deutschen Führungsgruppen in diesem Ausmaß nicht der Fall. Mehr als zwei Drittel sind mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden. Auf der unzufriedenen Seite der Skala finden sich lediglich 10 Prozent deutscher Eliten. Der demokratische Elitenkonsens, von der Forschung immer wieder als zentral für das gelungene Funktionieren eines Systems herausgehoben, ist in Deutschland wohl kaum in Gefahr.
- Dennoch kann es unterschiedliche Interessen an der Demokratie geben, auch wenn alle die grundsätzlichen Spiel-

regeln anerkennen und mit ihrer Ausführung zufrieden sind. Eine wichtige Debatte betrifft die Weiterentwicklung unserer Demokratie und hier insbesondere die Frage nach der direkten Entscheidungsmöglichkeit der Bürger. Während die Diskussion um direkte Demokratie, Volksbegehren und Volksentscheide weithin entbrannt ist und in den Bundesländern in unterschiedlicher Weise entsprechende Verfahren Eingang in Verfassungen und Praxis gefunden haben, zeigen sich die bundesdeutschen Führungsgruppen von derartigen Ansinnen augenscheinlich kaum beeindruckt. Etwa 90 Prozent würden auch bei wirklich wichtigen Gesetzen den Bürgern keine Direktentscheidung ermöglichen wollen, sondern die Entscheidung in jedem Falle beim Parlament belassen. Ganze 8 Prozent würden bei entscheidenden Gesetzen die Entscheidung den Bürgern überlassen wollen.

7. Einstellungen zu kontroversen Themen, sozialen Unterschieden und Mitmenschen

7.1 Einstellungen zu Handlungen

- Homosexualität und Scheidung werden von der Elite mehrheitlich akzeptiert. 54 Prozent bzw. 36 Prozent aller Befragten gaben auf einer Skala von 1 bis 10 den höchsten Akzeptanzwert an. Lediglich 12 Prozent bzw. 17 Prozent finden Homosexualität und Scheidung tendenziell nicht in Ordnung.
- Einstellungen gegenüber Prostitution, Abtreibung und aktiver Sterbehilfe sind dagegen sehr kontrovers. Während 46 Prozent der Befragten Abtreibung tendenziell nicht in Ordnung finden, haben 59 Prozent bzw. 55 Prozent tendenziell ein Problem mit Prostitution und aktiver Sterbehilfe. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass gut 41 Prozent, 45 Prozent bzw. 54 Prozent der Befragten tendenziell kein Problem mit Prostitution, aktiver Sterbehilfe und Abtreibung haben.

7.2 Soziale Unterschiede in Deutschland

- Im Kontext ihrer politischen Meinungen ist auch relevant, wie die Entscheidungsträger soziale Unterschiede beurteilen und was sie für gerecht halten. So empfinden knapp 10 Prozent die sozialen Unterschiede in Deutschland als absolut nicht gerecht (gegenüber 3 Prozent, die sie vollkommen gerecht finden – Extremwerte auf einer Skala von 1 bis 7). 60 Prozent wählen einen mittleren Wert in ihrer Einschätzung der sozialen Unterschiede (4 bis 6).

- Allerdings tendieren 60 Prozent zu der Aussage, dass Erfolg in Deutschland von Bildung und Fähigkeiten, nicht aber vom Elternhaus abhängt. Bei der Gegenaussage, dass soziale Unterschiede bestehen und auf das Elternhaus zurückzuführen sind, sind die Meinungen gespalten. 42 Prozent neigen zur Zustimmung, 42 Prozent lehnen eher ab. Nur 16 Prozent wählen den mittleren Wert.
- Auch bei der Frage der Leistungsgerechtigkeit gibt es verschiedene Ansichten. Zwar neigen 44 Prozent der Aussage zu, dass Rangunterschiede akzeptabel seien, wenn sie erbrachte Leistung ausdrückten, aber fast 10 Prozent lehnen dies durchweg ab (gegenüber 4 Prozent volle Zustimmung). Dass Unterschiede in Einkommen und Ansehen Leistung befördern, finden die Befragten zu ähnlichen Teilen tendenziell richtig oder falsch (44 bzw. 45 Prozent). Allerdings äußern auch 11 Prozent eine komplette Ablehnung der Aussage.

7.3 Einstellungen anderen Menschengruppen gegenüber

- Die deutsche Elite fühlt sich vor allem mit Deutschen und Menschen der örtlichen Gemeinde verbunden und fühlt sich verpflichtet ihnen zu helfen, wenn diese in existenzielle Not geraten, und ihnen die gleiche Chance auf ein gutes Leben zu ermöglichen. Gegenüber Menschen der Europäischen Union und Menschen überall auf der Welt sind diese Einstellungen deutlich schwächer ausgeprägt.
- Um die 80 Prozent der Elite stimmt der Aussage voll oder eher zu, dass sie eine besondere moralische Pflicht haben, anderen Deutschen bzw. Menschen ihrer örtlichen Gemeinde bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen, wenn diese unverschuldet in existenzielle Not geraten sind. Gegenüber anderen Europäern und anderen Menschen in der Welt fühlen sich lediglich 59 Prozent bzw. 52 Prozent zu

solcher Hilfe verpflichtet. Bei diesen zwei Gruppen sind sich jeweils 26 Prozent bzw. 31 Prozent unsicher, ob sie dazu verpflichtet sind. Bei Deutschen bzw. Menschen ihrer örtlichen Gemeinde gaben nur jeweils etwa 14 Prozent an, keine klare Einstellung zu haben.

- Der Aussage, dafür zu sorgen, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben sollen, stimmten 77 Prozent bzw. 74 Prozent der Befragten voll oder eher zu, wenn es um Deutsche bzw. Menschen der örtlichen Gemeinde ging. Bei Europäern und anderen Menschen in der Welt stimmten jeweils nur 45 Prozent bzw. 37 Prozent dieser Aussage zu. Wiederum zeigt sich bei den letzten beiden Gruppen, dass etwa ein Drittel der Befragten keine klare Einstellung hat. Bei Deutschen bzw. Menschen ihrer örtlichen Gemeinde gaben nur jeweils etwa 13 bzw. 17 Prozent an, keine klare Einstellung zu haben.
- 87 bzw. 85 Prozent der befragten Elite fühlt sich eher oder sehr stark mit Deutschen bzw. Menschen der örtlichen Gemeinde verbunden. Mit den Europäern fühlen sich 60 Prozent eher oder sehr stark verbunden. Bei Menschen in der Welt sind dies nur 30 Prozent.

7.4 Spenden

- Praktisch alle Befragten haben angegeben, in den letzten zwölf Monaten Geld gespendet zu haben. Nur 4 der Befragten gaben an, nicht gespendet zu haben.
- Die Hälfte der Befragten hat bis zu 2.500 Euro gespendet und ein weiteres Viertel zwischen 2.500 und 7.000 Euro. 15 Prozent gaben an, zwischen 7.000 und 25.000 Euro gespendet zu haben. 10 Prozent der Befragten haben einen Betrag über 25.000 Euro gespendet.

- Nach dem Willen der Befragten, die gespendet haben, sollten im Schnitt ein Drittel der Spenden Menschen und Projekten im Ausland zu Gute kommen.

7.5 Entwicklungszusammenarbeit

- Deutschland hat im Jahr 2010 pro Bürger 106 Euro für die Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben. Im Durchschnitt gaben die Befragten an, Deutschland sollte eigentlich 291 Euro pro Kopf ausgeben.
- Gut die Hälfte der Befragten (53 Prozent) gab an, dass sie bereit wären, höhere Steuern zu zahlen, um Deutschlands Hilfe an Entwicklungsländer zu vergrößern.

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
(030) 25 491 – 0
www.wzb.eu

